

MEHR VERANTWORTUNG IM STUDIUM

Wie sehr der eine dem anderen gleichgültig ist, hat die letzte Hörerversammlung gezeigt, die Teilnahme der Architekturstudenten war äußerst gering. Wer diese Möglichkeit des gemeinsamen Besprechens von Problemen und des persönlichen Einsatzes nicht nützt, ist sich auch seiner späteren Verantwortung als Architekt gegenüber Bauherrn und Benützer nicht bewußt — ein Vorwurf, der viele Architekten trifft, und ein Zustand, der sich in nächster Zeit nicht ändern wird. Das Desinteresse am Mitmenschen und auch an der Arbeit der Kollegen sind Eigenschaften, die zwar in starkem Maß erkennbar sind, gegen die aber nichts getan wird, im Gegenteil. Oft wird diese Einstellung im Sinne einer kühnen Selbstüberschätzung mit Zähigkeit aufrecht erhalten. Damit sind viele Mitglieder der Zeichensäule gemeint, die sich eigentlich als um nichts besser fühlen dürften, als der ebenfalls schweigende Rest der Studenten. Wer vorgibt, an der Architektur interessiert zu sein, muß auch bereit sein, das durch kollegiales Verhalten gerade gegenüber jüngeren Semestern zu bekräftigen.

Doch sollen diese Artikel auch jene anregen, die es bisher nicht wußten: das Studium an einer Universität unterscheidet sich von der Schule insofern, als dem Studenten viel mehr Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung geboten werden, das gilt speziell für den 2. Studienabschnitt, wo sich jeder z. B. durch Fächertausch die Vorlesungen und Prüfungen, die ihn besonders interessieren, zusammenstellen kann. Es empfiehlt sich, den Studienführer dahingehend einmal genauer durchzulesen. Daß man als Studentenvertreter erstens einen Einblick bekommt, wie die Entscheidungen auf der Hochschule getroffen werden und man zweitens darauf in gewissem Umfang Einfluß nehmen kann, soll hier jenen gesagt werden, die nicht nur mit dem zufriedenen sind, was ihnen eben angeboten wird. Institutvertreter zu werden, wäre eine Möglichkeit, als Sprecher der Kollegen etwas Verantwortung schon während des Studiums zu übernehmen.

Eugen Hein
Fakultätsvertreter für Architektur

ERFREULICHES VON DER WOHNUNGSFRONT

Die Wohnungssituation für Studenten in Graz wird immer schlimmer. Vermieter können auch ihre Substandardwohnungen zu relativ hohen Preisen an den Mann / die Frau bringen, weil sich die Studenten oft mit diesen Bedingungen einverstanden erklären (müssen). Zimmerpreise um S 2000,— sind gar keine Seltenheit mehr, was auch abgebrühte Wohnungssuchende noch vor Schreck erstarren läßt (man setzte diese Summen einmal in Relation zum Höchststipendium von S 3400,—). Der Verein „Studentisches Wohnungsservice“ (Verein aller Grazer HochschülerInnen) versucht schon seit einiger Zeit, auf diesem Gebiet aktiv zu werden und neue (billigere) Wohnungen für Studenten zu schaffen. Ein erstes Projekt wird nun in einem leeren Geschoß eines Gemeindehauses entstehen.

PROJEKT LAUDONGASSE

Mit Gemeinderatsbeschuß vom Dezember 1980 wurde beschlossen, daß das dritte Obergeschoß des Hauses Laudongasse 3—5 für Studentenwohnungen zur Verfügung gestellt wird.

Dabei handelt es sich um zehn Zimmer-Küche-Substandardwohnungen.

Diese Wohnungen sollen in studentengerechte Wohneinheiten, bestehend aus Küche, Bad und getrennt zugänglichen Zimmern, umgebaut werden. In der Planungsphase ist nun die Idee aufgetaucht, die Raumhöhe abzusenken und dadurch auch den Dachboden zu Studentenwohnungen auszubauen. So könnten fünf Wohneinheiten mit insgesamt 17 Zimmern entstehen.

Diese Idee ist nun im Projektstadium, d. h. die technische Möglichkeit ist überprüft, Kostenschätzungen und prinzipielle Zusagen liegen vor. Ende März soll nun mit den zuständigen Stellen eine Entscheidung darüber getroffen werden, in welcher Form das Projekt durchgeführt werden kann und wird. Das ganze Projekt könnte zusammen mit einer Sanierung des gesamten Hauses als Modellfall eines Projektstudiums an der TU Graz dienen.

Allfällige Wohnungsinteressenten können sich im SWS-Büro, Elisabethstraße 30, melden.

UNSER TÄGLICH BROT ...

sollte uns Studenten eigentlich die Mensa geben. Wenn man hört, daß extra zur Förderung der Studenten eine Mensen-Betriebs-GesmbH. gegründet wurde, die auf Investitionssubventionen in Millionenhöhe zurückgreifen kann, müßte eigentlich alles eitel Wonne sein. Wenn man aber nun vernimmt, daß es Mensen gibt, die um vieles billiger sind (und besser!), dann fängt das Kopfschütteln an. Dieses Kopfschütteln wird noch heftiger, wenn man erfährt, daß diese Mensen für Ärzte, Finanzbeamte, Bundesbahnbedienstete etc. all die Leistungen erbringen, die wir gerne auch für uns in Anspruch nehmen würden. Ärzte zahlen in Klinikmensen ganze 10 (oder 15) Alpendollars für ein Menü mit drei Gängen. Wenn wir auch einsehen, daß man für die armen, notleidenden Ärzte, vor allem aber für die ganz Armen unter den Medizinern, nämlich die Primärärzte (von ein paar hunderttausend Schilling im Monat kann man ja schwerlich leben) was tun muß, so sollte man eigentlich auch für die Studenten ein paar Schilling über haben.

Nun, unsere Mensa wird im laufenden Betrieb nicht subventioniert. Deshalb hat sich die Hochschülerschaft be-

müht, Subventionen aufzutreiben, die den Studenten direkt zugute kommen (siehe Mensenbons).

Aber, zweifelsohne gibt es auch an der Hochschule andere Gruppen, die recht wenig verdienen (Raumpflegerinnen, Werkstättenpersonal, Sekretärinnen), für die ein billigeres Essen eine spürbare Erleichterung darstellen würde. Deshalb ist die Hochschülerschaft im Einverständnis mit allen Fraktionen im Dienststellenausschuß dazu übergegangen, einen Teil der zur Verfügung stehenden Mensenbons (ca. 10%) dem Dienststellenausschuß zur Verteilung zu überlassen. Soweit, so gut.

Allerdings scheint diese Vorgangsweise einigen Leuten mißfallen zu haben (siehe untenstehenden Artikel aus der „Südtagespost“). Wir möchten dazu feststellen, daß wir weder beurteilen wollen noch können, ob Herr Blass diese Bons für politische Werbezwecke gebraucht hat; das ist eine Sache, die er mit sich und dem Dienststellenausschuß ausmachen muß.

Unser Fehler war einzig und allein, nicht rechtzeitig mit dem Subventionsgeber Rücksprache gehalten zu haben. Wenn sich der Subventionsgeber unserer Meinung nicht anschließen kann, dann ist der Fall ohnedies klar. Was wir gemacht haben, ist sicherlich nicht grundsätzlich falsch.

Mittlerweile haben wir die Aktion gestoppt, um mit den Subventionsgebern darüber zu reden. Wir werden aber darauf hinarbeiten, daß nach Möglichkeit eine Lösung gefunden wird, die alle Betroffenen zufrieden stellen wird, also uns, die Studenten und auch das betroffene nichtwissenschaftliche Personal.

Wolfgang Rauh

SÜDOST-TAGESPOST

DONNERSTAG, 5. März 1981

TU Graz: Essenbons für bedürftige Studenten flossen in dunkle SPÖ-Kanäle

Von Reinhold Wissiak
Auf Kosten bedürftiger Studenten schenkt der sozialistische Listenführer und stellvertretende Obmann des Dienststellenausschusses für die „sonstigen Bediensteten“ der Technischen Universität Graz, Walter Blass, Werbung für seine Organisation gemacht zu haben: Blass verteilte Bons, die zunächst schwarz gestellten Studenten zur Verbilligung des Mensenmensens zur Verfügung gestellt werden sollten, an gar nicht gut verdienende Kollegen im Haus.

Das Sozialamt der Stadt Graz stellt der Österreichischen Hochschülerschaft jährlich in

Form einer Subvention die erwähnten Bons zur Verfügung. Ein Student, der ein billiges Menü kauft, erhält einen Bon im Wert von sechs Schilling. Wer sich für das teure Menü (24 Schilling) entscheidet, erhält immerhin noch eine Zubeule von zwei Schilling.

Vor einigen Tagen ist dem Dozenten für Baustofflehre und Grazer Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Eustachio beim Mittagessen in der Mensa aufgefallen, daß Bedienstete der Technischen Universität solche Bons zur Bezahlung verwendeten. „nachlässige Rec.“ erchen haben offensichtlich ärgeren Mißbrauch verhindert.

Das Verteilen der Bons unter der Hand wurde sofort gestoppt.

Der Sozialreferent der Hochschülerschaft in der TU Graz Wolfgang Rauh sagte zu den Vorwürfen, er habe sich von Walter Blass „breitschlagen lassen“ und habe „einige“ Bons herzugeben. Es seien aber nicht sehr viele gewesen. Obmannstellvertreter Blass wird mit den Bons jedenfalls keine Gratklare mehr betreiben können. Den zuständigen Stellen der TU und der Stadt Graz wird es vorbehalten bleiben, die tatsächliche Anzahl der mißbräuchlich verwendeten Bons zu erlernen.